

NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Golf-Staaten

Dr. Gidon Windecker (27.08.2015)

In der offiziellen Berichterstattung der Golf-Staaten spielt die Situation syrischer und irakischer Flüchtlinge eine Rolle. Insbesondere *Al Jazeera* sowie die in Dubai und Qatar verlegten Zeitungen *Gulf News*, *Al Arabiya*, *Doha News* und *Peninsula* griffen in ihren Meldungen die Migrationsthematik wiederholt auf. Auch wurden vereinzelt Meldungen von den emiratischen Zeitungen *The National* und *UAE Interact* sowie in den *Oman Times* zur Problematik veröffentlicht.

Dennoch fallen die Beiträge im Hinblick auf Fluchtursachen und -folgen der verhältnismäßig spärlich aus. Der Grund hierfür liegt wohl nicht zuletzt in der allgegenwärtigen Einflussnahme der Staaten auf die lokalen Medien.

In der Berichterstattung zu Europa wird insbesondere Deutschland als positives Beispiel einer Willkommenskultur aufgeführt. So sei die Bundesrepublik sehr „großzügig“, was die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen anbelange, schreibt die *Khaleej Times*. Dem Land wird im Allgemeinen eine hohe Anerkennung für seine politische Anstrengung gezollt, die humanitäre Not der syrischen Flüchtlinge zu lindern und damit zugleich auch finanziell schwächere und geographisch am Konflikttherd näher gelegene EU-Partnerstaaten zu unterstützen. Ebenso wurde in einem aus *The Guardian* stammenden und in *Gulf News* abgedruckten Kommentar Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihren Einsatz zum Ausbau einer kollektiven europäischen Migrations- und Asylpolitik gelobt.

Oftmals finden sich jedoch Artikel und Kommentare in der Medienlandschaft der Golf-Staaten, in denen die Situation in Mitteleuropa nur in einem letzten Abschnitt flüchtig angeschnitten wird. Folglich haben die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland noch keinerlei Erwähnung in den Medien gefunden.

In einer Mehrzahl von Presseartikeln am Golf wird vor allem die prekäre Lage der Flüchtlinge, deren Leid und die schwierigen Umstände beleuchtet, mit welchen sie auf ihrer Flucht und in den Flüchtlingsunterkünften konfrontiert werden. Hauptsächlich unabhängige Medien, wie *Muftah*, kritisieren zudem stark den Umgang mit Flüchtlingen an den Grenzen zu Europa und die Haltung einiger europäischer Staaten gegenüber den flüchtenden Menschen.

Auch *Al Jazeera* berichtet über die prekäre Situation in Mazedonien, wo Flüchtlinge beim Passieren der griechisch-mazedonischen Grenze von der dortigen Polizei mit Blendgranaten beworfen wurden, während sie über einen Stacheldrahtzaun kletterten. In einem in der *Oman Times* veröffentlichten Kommentar berichtet ein Journalist hingegen über den allgemeinen Rückschritt und die Abschottung, welche in vielen europäischen Ländern Einzug halte: Wie Spanien trotz massiver Proteste seitens der Vereinten Nationen ein neues Gesetz verabschiedet habe, welches Grenzschutzbeamten erlaube, Flüchtlinge auch mit Gewalt von einer Grenzüberschreitung abzuhalten. Oder wie die ungarische Regierung eine rassistische Poster-Kampagne gegen Flüchtlinge in Auftrag gegeben habe, welche die Menschen mit alten Ressentiments gegen Migranten aufbringe, während zugleich ein circa vier Meter hoher Zaun an der ungarischen Grenze zu Serbien erbaut werden solle – ähnlich der Maßnahme gegen Flüchtlingsströme wie sie auch Bulgarien getroffen habe. Daneben wird Frankreich für sein chronisch unterfinanziertes Flüchtlingsaufnahmeprogramm kritisiert, das viele Asylsuchende zu einem Leben auf der Straße zwingt.

Ein weiterer zentraler Aspekt der Nachrichten ist zudem die bisher geleistete Hilfe der einzelnen Golf-Staaten für Flüchtlinge. So wird beispielsweise über einzelne Organisationen, wie die Rothalbmondgesellschaft berichtet, die durch Hilfsgelder und -projekte zur Verbesserung der Situation in der Region beitragen. Auf einer Konferenz in Kuwait Ende März die-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

ses Jahres stellten die Vereinigten Arabischen Emirate laut *The National* rund 36 Milliarden US-Dollar an Hilfsgeldern zur Verbesserung der Lage in den Flüchtlingslagern und deren Ausbau in Jordanien, Irak und Libanon zur Verfügung. Auf der offiziellen Regierungsseite der VAE wird zudem darüber informiert, dass dies größtenteils über die emiratische Rothalbmundgesellschaft geschehe. Ferner nahmen letztes Jahr im November der Rote Halbmond aus Katar, Bahrain, Oman, Saudi Arabien und den VAE sowie Vertreter des Generalsekretariats des Golf-Kooperationsrates an einer von der kuwaitischen Rothalbmund-Gesellschaft ausgerichteten Konferenz teil, um sich in ihren weiteren regionalen, humanitären Hilfsmissionen abzustimmen.

Der UN High Commissioner António Guterres, zitiert von *The National*, lobte zugleich, dass Saudi Arabien syrischen Flüchtlingen freien Zugang zu Bildung und zu Gesundheitsinstitutionen ermögliche und die Gesetzgebungsverfahren für die Arbeitsgenehmigung von syrischen Migranten verbessern wolle. Der *MiddleEastMonitor* veröffentlichte ferner eine Nachricht darüber, dass Katar und die Türkei gemeinsam eine Universität für syrische Flüchtlinge in der südöstlichen türkischen Provinz errichten wollten.

Publikationen, die sich mit der Hilfeleistungsthematik der einzelnen Golf-Staaten befassen, sind durchaus zahlreich in Tagesblättern vertreten und prägen somit insbesondere das öffentliche Meinungsbild. Die politische Motivation hinter jener Berichterstattung wird schnell ersichtlich – trotz des geschilderten Leides sollen letztlich eigens die positiven politischen Maßnahmen der Golf-Staaten im Hinblick auf die humanitäre Krise in den Vordergrund gerückt und somit durch die Medien ein positives Bild der eigenen Golfmonarchie gezeichnet werden. Offizielle Äußerungen über mögliche Einwanderungserleichterungen für Flüchtlinge in die Golf-Staatenregion lassen sich hingegen kaum finden.

Israel

Dr. Michael Borchard (28.08.2015)

Das Thema Migration ist in Israel für die Gesellschaft ebenso essentiell wie es hochambivalent ist. In der israelischen Öffentlichkeit wird es wortwörtlich „geteilt“ betrachtet. Auf der einen Seite steht die Heimkehr von Juden in aller Welt aus der Diaspora (Alija) ins „gelobte Land“. Sie bildet die Grundlage für den jüdisch-zionistischen Staat. Daher wird jedem Juden das Recht darauf eingeräumt, Staatsbürger Israels zu werden.⁶⁴

Als weniger wünschenswert wird dagegen hierzulande die Einwanderung nicht-jüdischer Migranten wahrgenommen. Insbesondere im Süden Tel-Avivs protestieren Anwohner immer wieder gegen den Aufenthalt afrikanischer Asylbewerber, die vor allem aus Eritrea und dem Sudan geflüchtet sind. Zuletzt gingen mehrere hundert Anwohner des Stadtteils auf die Straßen, um gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom 11. August 2015 zur Anpassung des sogenannten „Anti-Infiltrationsgesetzes“ zu demonstrieren. Auf Basis dieser Entscheidung sollen etwa 1.200 illegale Immigranten aus dem Holot-Gefangenenlager entlassen werden.⁶⁵ Gegen diese Entscheidung erhob sich massiver Protest. Viele Bürgerinnen und Bürger im Süden Tel Avivs, wo die Mehrheit der etwa 60.000 Migranten lebt, fühlen sich nicht sicher, beklagen eine höhere Kriminalitätsrate und eine allgemeine Verschlechterung der Lebensqualität. Manche Bewohner Süd-Tel Avivs bezeichnen ihren Stadtteil gar als „Höl-

⁶⁴ Vgl. Schneider, Jan: Länderprofile Migration: Daten – Geschichte – Politik: Einwanderungspolitik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Online), URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/57636/einwanderungspolitik> [23.08.2015].

⁶⁵ Vgl. Pileggi, Tamar: Court upholds 'anti-infiltration' law, but limits migrants' detention time, in: Times of Israel (Online), URL: <http://www.timesofisrael.com/high-court-mostly-upholds-anti-infiltration-law/> [17.08.2015].